



**Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 15. März 2010**
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

Die Mitglieder des JHA: Kreisräte/innen:

Jenner-Wanek, Sczuka	(CDU)
Forster, Gruber-Seibold	(SPD)
Auer, Wilhelm	(FDP-FW)
Bodamer	(Freie Wähler)
Brodersen	(GRÜNE)
Jäger	(CDU)

Entschuldigt:

Die Vertreter/innen der Jugend
verbände und der Verbände der
freien Wohlfahrtspflege: Schladt, Windmüller

Die beratenden Mitglieder: Anderl, Franke, Gröner, Hermann, Keidel, Dr. Reuter,
Schanbacher, Schmid, Schoch

Entschuldigt: Schöpe

Ferner:

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Dezernent Bauer
Kreiskämmerer Geißler
Kreisjugendamtsleiter Wieland
Fr. Mörtl, Leiterin SOS-Kinderdorf Top 1
Hr. Karstens, Kreisjugendamt Top 2
Fr. Dr. Keller-Mannschreck, Pro Familia Top 3

Weitere Mitarbeiter

Presse

Die Schriftführerin: Kreisamtfrau Bellviure

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:40 Uhr

§ 1

Bericht zum Stand des Umbaus der Jugendhilfe im Rems-Murr-Kreis
(Drucksachen 29/2006-JHA08.05.06 und 7/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Jugendamtsleiter Wieland berichtet ausführlich über den Stand des Umbaus der Jugendhilfe im Rems-Murr-Kreis entsprechend der Drucksache 7/2010. Er führt insbesondere aus, im Jahr 2006 habe der Jugendhilfeausschuss ein Rahmenkonzept zum Umbau der Jugendhilfe im Rems-Murr-Kreis beschlossen. Dieses Rahmenkonzept bestehe aus einem 6 Punkte-Plan, über dessen nun Umsetzung informiert werde.

Punkt 1 des Rahmenkonzepts fordere einen Ausbau der Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden. Das Umbaukonzept sei deshalb zunächst in den Rathäusern aller 31 Kommunen vorgestellt worden. Anschließend seien bis Februar 2010 in 25 Kommunen Auftaktveranstaltungen durchgeführt worden, zu denen alle in der jeweiligen Kommune relevanten Akteure der Jugendhilfe, Jugendarbeit, Kindertagesbetreuung und Schulen eingeladen waren. Die restlichen sechs Auftaktveranstaltungen fänden in den nächsten Monaten statt. Die Zusammenarbeit mit den Stadt- und Gemeindeverwaltungen und den örtlichen Einrichtungen sei inzwischen deutlich intensiviert worden. Je nach Situation vor Ort würden regelmäßige Arbeitskreise, Qualitätszirkel, Stadtteiltreffs usw. durchgeführt.

Punkt 2 des Rahmenkonzepts beinhalte ein verstärktes Zusammenwirken mit den Regeleinrichtungen wie Kindertageseinrichtungen, Jugendeinrichtungen und Schulen. Ein besonderer Schwerpunkt sei hier zunächst auf Projekte, die Präsenz und die Zusammenarbeit in und mit Schulen gelegt worden. Hierzu dienten Schulsprechstunden, Präsenzzeiten in den Schulen, Runde Tische mit Eltern und Lehrkräften, regelmäßige Kooperationsgespräche und eine intensive Zusammenarbeit mit den Fachkräften der Schulsozialarbeit. Erfreulicherweise konnten bereits mit 40 Schulen Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen werden. Angestrebt sei der flächendeckende Abschluss der Kooperationsvereinbarungen mit allen Schulen im Kreis. Auch mit Jugendeinrichtungen werde verstärkt ko-

operiert. Hierzu zählen Sprechstunden, Präsenzzeiten und Fallberatungen, insbesondere mit der offenen und mobilen Jugendarbeit.

Die engere Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen befindet sich noch am Anfang der Entwicklung. Besonders im Bereich von Kinderschutzfragen hätten sich bereits intensive Kontakte, auch bei Fortbildungsveranstaltungen, ergeben.

Punkt 3 des Umbaukonzepts fordere eine Veränderung der Qualität in der Zusammenarbeit mit freien Trägern. Deshalb sei damit begonnen worden, in den Kommunen zusätzliche Teams unter Beteiligung von freien Jugendhilfeträgern einzurichten. Durch die Einbeziehung der vor Ort vorhandenen freien Träger bei der Beratung und Reflexion von Einzelfällen könnten so immer wieder neue, unkonventionelle und kreative Hilfen für einzelne Kinder und Jugendliche organisiert werden.

Ein Schwerpunkt des Umbaukonzepts sei der Punkt 4 - Aus- und Aufbau flexibler, ambulanter Hilfen. Durch den Ausbau von sozialpädagogischer Familienhilfe und Erziehungsbeistandschaften seien diese Hilfen von 2006 bis Ende 2009 um mehr als das Doppelte gesteigert worden. Im selben Zeitraum sei das Angebot der Sozialen Gruppenarbeit von 55 Gruppen in 17 Kommunen auf 75 Gruppen in 22 Kommunen erweitert worden. Des Weiteren habe das Jugendamt das klassische teilstationäre Jugendhilfeangebot der lebensfeldorientierten Tagesgruppen in Backnang, Winnenden, Fellbach und Schorndorf zu einem Pool flexibler, ambulanter und teilstationärer Hilfen weiterentwickelt. Die Tagesgruppen bei der Paulinenpflege Winnenden seien ab 2008 zugunsten einer sozialpädagogischen Betreuung an der Schule für Erziehungshilfe zurückgebaut worden. In Weinstadt, Murrhardt und zuletzt in Welzheim seien flexible ambulante Projekte installiert worden. Das Ziel dieser Projekte ist es, den Verbleib von Kindern und Jugendlichen im Regelsystem Schule zu sichern. Das bisher am längsten bestehende Projekt FAMOS in Weinstadt habe sich in den letzten drei Jahren mit Gruppenangeboten, individueller Betreuung und gezielter Elternarbeit bewährt.

Insgesamt sei es dem Jugendamt gelungen, durch den Aus- und Aufbau flexibler, ambulanter Hilfen die Fallzahlen bei den stationären Hilfen für minderjährige Kinder und Jugendliche stabil zu halten. Damit das Rahmenkonzept zum Umbau der Jugendhilfe überhaupt umgesetzt werden könne, müsse in den Basisdiensten des Jugendamtes genügend Personal vorhanden sein. Punkt 5 des Rahmenkonzepts habe deshalb die Schaffung ausreichender Ressourcen in den Basisdiensten des Jugendamtes vorgesehen. Zur Erprobung des Konzeptes seien an drei Modellstandorten zunächst insgesamt drei Personalstellen für den Sozialen Dienst beim Kreisjugendamt geschaffen worden.

Nach Auswertung der Modellprojekte sei das Arbeitsprinzip der Sozialraumorientierung im Jahr 2007 auf den gesamten Rems-Murr-Kreis ausgeweitet und der Soziale Dienst um weitere 2,5 Stellen ausgebaut worden. Im Ambulanten Dienst seien drei Stellen neu eingerichtet worden.

Punkt 6 sehe eine Weiterentwicklung der Steuerungsinstrumente des Kreisjugendamts vor. In diesem Bereich sei inzwischen eine umfangreiche Bestandsaufnahme zum Berichtswesen im Kreisjugendamt durchgeführt worden, das aus einer Vielzahl unterschiedlichster Statistiken für die verschiedensten Stellen mit den unterschiedlichsten Erfassungszeiträumen und -verfahren bestehe. Die Weiterentwicklung des Berichtswesens werde derzeit in Angriff genommen und solle zunächst zu einer Fortschreibung des Sozialstrukturatlases führen.

Der Umbau der Jugendhilfe befinde sich derzeit noch in der Aufbauphase und es seien weiterhin große Anstrengungen erforderlich, um die angesprochenen Punkte flächendeckend im Rems-Murr-Kreis umzusetzen. Jugendamtsleiter Wieland ist der Meinung, dass das Jugendamt auf einem guten und richtigen Weg ist, um die Jugendhilfe im Kreis fachlich und inhaltlich weiterzuentwickeln. Insbesondere bei den Kooperationen mit Schulen sehe er noch ein großes Potential für einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit.

Anschließend berichtet Frau Hanne Mörtl vom SOS Kinderdorf aus der Sicht eines freien Trägers über den Umbau der Jugendhilfe in der Praxis. Sie erklärt, die Stationierung von Sozialraumteams direkt vor Ort habe die Arbeit der freien Träger wesentlich erleichtert und mache ein schnelleres Reagieren auf Notlagen und dringende Fälle sowie passgenau Hilfen und präziseres Arbeiten möglich. Wenn sich der Bedarf ändere, könne so schneller reagiert werden. Durch die Sozialraumorientierung seien das zuständige Sozialraumteam und die dazu gehörige Leitung mit den freien Trägern näher zusammengerückt. Während die Arbeit früher davon geprägt gewesen sei, den Bedarf einer Familie oder eines Kindes den Zuständigkeiten von Spezialisten zuzuordnen und in vorhandene Angebote zu „pressen“ gehe es heute darum, passgenau Hilfen zu finden oder auch neu zu schaffen und dabei als Spezialisten zusammen zu arbeiten. Da die Stärken und Ressourcen einer Einrichtung dem Sozialraumteam gut bekannt seien, könne sie viel schneller abgerufen werden. So sei z. B. aus dem Schorndorfer Arbeitskreis Hausaufgaben der „Lern- und Spieltreff“ in Haubersbronn entstanden, der sich ausschließlich durch Spenden und Stiftungsgelder finanziere und in dem heute bis zu 32 Kinder im Laufe einer Woche an vier Tagen inklusive Mittagsimbiss, Hausaufgabenbetreuung und Begleitung bei Freizeitaktivitäten zuverlässig betreut würden. Außerdem seien Hilfen aus einer Hand mit ganz flexiblen Übergängen möglich, je nachdem wie sich der Bedarf bei einem Kind oder in einer Familie ändere.

Darüber hinaus gebe es ein Kooperationsprojekt des Kreisjugendamts und des SOS Kinderdorfs Württemberg. Im August 2009 sei das Sozialraumprojekt „Jugendhilfen Welzheimer Wald“ (Juwel) eröffnet worden. Es habe seinen Sitz im Gemeinschaftsheim in Welzheim, das von der Gemeinde unentgeltlich zur Verfügung gestellt werde. Dies sei ein günstiger Standort für ein Sozialraumprojekt, da er den Bürgern gut bekannt sei, und dort auch der Tagesmütterverein seinen Sitz habe. Daneben gebe es dort auch weitere Angebote wie Jugendmusikschule, Schach, Boxen usw.. Unter dem Dach von Juwel sei ein flexibles ambulantes Gruppenangebot für Kinder entstanden, die in der Schule mit ihrem Sozialverhalten auffallen und eine Struktur im Alltag benötigen. Nach dem Mittagessen würden die Kinder, die fast alle aus Familien mit unterschiedlichem Migrationshintergrund stammen, bei den Hausaufgaben und im Freizeitbereich betreut und gefördert. Die gemeinsamen Aktivitäten seien so strukturiert, dass soziales Lernen en passant geschehe. Flankierend werde niederschwellig mit den Eltern gearbeitet, sie in den Gruppenalltag einbezogen und Beratung angeboten. Durch den niederschweligen Zugang im Rahmen von Juwel, über die Kinder und durch den Einbezug in den Alltag der Gruppe gelinge es, Zugang zu den Eltern zu bekommen und sie in die Arbeit mit einzubeziehen, was trotz jahrelanger Bemühungen zum Teil vorher nicht möglich gewesen sei. Dadurch könnten weiterführende kostspielige Maßnahmen des Kreisjugendamts verhindert werden. Über die kindbezogenen Kontakte und Aufgaben hinaus arbeiten die Mitarbeiterinnen im Arbeitskreis Gemeindewesen mit, in dem Schulsozialarbeiter, Vertreter des Kreisjugendamts und der mobilen Jugendarbeit vertreten seien. Darüber hinaus knüpfen und pflegen sie Kontakte zur mobilen Jugendarbeit, zu Vereinen und Kirchengemeinden, um die Familien im Sozialraum wirksam mit organisch gewachsenen Strukturen zu stärken.

Frau Mörtl ist der Auffassung, wenn die Familie als Leistungsträger und als Fundament der Gesellschaft verstanden und in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden solle, sei die Zusammenarbeit von öffentlich und freien Trägern im Rahmen der Sozialraumorientierung auf einem guten und vor allem auf einem wirksamen Weg.

Kreisrätin Jenner-Wanek hält es für positiv, dass das Jugendamt versuche, ein einheitliches Niveau der Jugendhilfe im Kreis neben dem Ausbau der Hilfen in den Städten zu etablieren. Darüber hinaus gefalle ihr sehr gut, dass flexibel auf entsprechenden Bedarf reagiert werde.

Kreisrätin Gruber-Seibold sagt, der Bericht zeige, wie wichtig es sei, bei Bedarf frühzeitig und passgenau einzugreifen.

Auf Frage von Kreisrätin Gruber-Seibold antwortet Frau Mörtl, die beiden Mitarbeiter seien zu 77 % und 20 % beschäftigt. Zunächst gehe es darum, die Zusammenarbeit der verschiedenen in der Jugendhilfe Aktiven zu installieren. Je genauer die Mitarbeiter das Angebot vor Ort kennenlernen, desto breiter werde die Vernetzung werden.

Auf Frage von Kreisrätin Forster antwortet Jugendamtsleiter Wieland, mit 8,5 Stellen seien die Sozialraumteams derzeit ganz gut aufgestellt. Die Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern in einem Team habe sich bewährt. Im Rems-Murr-Kreis gebe es gute freie Träger, auf die das Kreisjugendamt zurückgreifen könne, wenn es selber an Grenzen stoße.

Ohne weitere Beratung nimmt der Ausschuss den Bericht zum Stand des Umbaus der Jugendhilfe zur Kenntnis.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

§ 2

Bericht zum Stand der sozialräumlichen Arbeit in den Städten und Gemeinden

(Drucksachen 102/2004-JHA04.10.04, 27/2006-JHA08.05.06, 1/2007-JHA 26.02.2007 und 8/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Kreisjugendamtsleiter Wieland erläutert eingehend die Drucksache 8/2010 und führt insbesondere aus, das Konzept zur Sozialraumorientierung sei mit Erfolg zwischen 2005 und 2007 an den drei Standorten Backnang, Schorndorf und Weinstadt erprobt worden. Es habe festgestellt werden können, dass der in den Modellkommunen veränderte bzw. erweiterte Arbeitseinsatz offenbar die Gesamtversorgung der Kommunen mit bedarfsgerechten erzieherischen Hilfen verbessert und dem weiteren Anstieg stationärer Hilfen entgegenwirkt habe.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse habe der Jugendhilfeausschuss bzw. der Kreistag beschlossen, für den Umbau der Jugendhilfe und die Ausweitung der Sozialraumorientierung im ganzen Rems-Murr-Kreis die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Im Februar 2007 sei die Fortschreibung des Teilplans „Sozialraumorientierung“ verabschiedet worden. Für den Rems-Murr-Kreis seien zunächst insgesamt neun Sozialraumteams mit Mitarbeitern des Sozialen und des Ambulanten Dienstes gebildet worden. Diese neun Sozialraumteams seien auf die drei Dienststellen des Kreisjugendamts in Waiblingen, Backnang und Schorndorf verteilt und dort jeweils eine Fachbereichsleitung mit Stellvertretung eingerichtet worden, um die Erfüllung von sozialraumübergreifenden Aufgaben sicherzustellen. Anschließend sei mit der Implementierung der Sozialraumorientierung in allen Städten und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises begonnen worden. So könne durch eine Ausweitung der Präsenz und damit durch einen größeren Bekanntheitsgrad der Dienste in den Städten und Gemeinden die Problemlagen frühzeitiger erkannt, geeignete Hilfsmaßnahmen rascher realisiert und die Prävention insgesamt verstärkt werden.

Laut Jugendamtsleiter Wieland habe es in der Sitzungsvorlage einige Beispiele für mehr Präsenz aufgeführt, wie z.B. die neu eingeführten Sprechstunden an verschiedenen Schulen, Jugendhäusern und Rathäusern, Teilnahme an runden Tischen von Schulen und die Mitarbeit in kommunalen Arbeitskreisen und Gremien und bei der gemeinsamen Planung und Durchführung von Projekten.

Durch eine Intensivierung der Kooperation z.B. mit den Kommunen, freien Trägern, der Jugendsozialarbeit, mobiler und offener Jugendarbeit, Kindertageseinrichtungen und Schulen sollen einzel-

fallbezogene Hilfen frühzeitig, rasch und niederschwellig realisiert und so teure stationäre Maßnahmen vermieden werden. Längerfristig soll durch die Kooperation die soziale Infrastruktur in der Kommune unterstützt und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und die Entwicklung von Familien in positiver Weise beeinflusst werden. Daneben leisten die Sozialraumteams mehr Unterstützung des Gemeinwesens und verstärken die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen und anderen Formen des bürgerschaftlichen Engagements sowie örtlichen Gemeinwesenprojekten und ambulanten Hilfsprojekten. Nach wie vor stelle die Ausweitung der Sozialraumorientierung auf den gesamten Landkreis für das Kreisjugendamt eine große Herausforderung dar. Die Umsetzung der Ziele zur sozialräumlichen Arbeit erfordere von allen Beteiligten einen planvollen, fachlich sinnvollen und engagierten Einsatz.

Derzeit stünden folgende weitere Schritte an:

- Abschluss der Auftakt- und Netzwerkveranstaltungen in den Gemeinden
- Weiterer Aufbau der Kooperationen mit den Schulen und Abschluss der Kooperationsvereinbarungen
- Weiterer Aufbau der Kooperation mit der Kinder- und Jugendarbeit
- Intensivierung des Ausbaus der Kooperation mit Kindertageseinrichtungen
- Mitarbeit bei den Netzwerken von Frühen Hilfen und niederschwelliger Elternbildung.

Herr Joachim Karstens, Fachbereichsleiter der Kinder- und Jugendhilfe Schorndorf, zeigt an Beispielen die Sozialraumorientierung in der Praxis auf. Er erklärt, um die in den Gemeinden bestehenden Möglichkeiten für die sozialräumlichen Arbeit zu nutzen, nehmen die Sozialraumteams an bestehenden Arbeitskreisen in den Städten und Gemeinden teil oder initiieren solche, wenn es noch keine gibt. Durch das Zusammentreffen von Gemeindeverwaltung, offener Kinder- und Jugendarbeit, Rektoren, Polizei, Kirche, Kindergärten und Jugendamt tauschen sich die Beteiligten aus, so dass in diesen Gremien deutlich werde, wo Hilfebedarf bestehe und wo die Schaffung neuer Angebote oder Projekte erforderlich sei. Durch diese Art der Zusammenarbeit verschiedener Beteiligter würden vorhandene Netzwerke systematisch genutzt, so dass ein strukturiertes und nicht mehr nur vom Zufall abhängiges Hilfenetzwerk aufgebaut werde. Dies sei ein großer Fortschritt in der Arbeit des Jugendamts.

Auf die Frage von Kreisrätin Gruber-Seibold, wie die Verantwortlichen in den Gemeinden informiert würden, antwortet Jugendamtsleiter Wieland, alle 31 Städte und Gemeinden seien vom Jugendamt

aufgesucht worden, in 25 Kommunen sei das Konzept der sozialräumlichen Arbeit bereits vorgestellt worden. Die Veranstaltungen seien sehr gut besucht gewesen. Die fehlenden sechs Gemeinden würden noch in gleicher Weise informiert. Um die Umsetzung zu gewährleisten, gebe es beispielsweise Kooperationsvereinbarungen mit Schulen, in denen konkret die Namen der Verantwortlichen genannt seien. Der Ausbau der ambulanten Hilfen sei um über die Hälfte verstärkt worden. Dies bedeute zwar eine finanzielle Belastung für den Kreis, dafür seien jedoch die stationären Hilfen entgegen der Prognosen finanziell stabil geblieben. Es sei vorgesehen, die Stellenanteile der Sozialraumteams einigermaßen gleichmäßig zu gestalten. Dies sei jedoch auch abhängig davon, wie der jeweilige Sozialraum aufgestellt sei. Bei Bedarf werde das Kreisjugendamt von freien Trägern unterstützt.

Kreisrätin Wilhelm berichtet, die Auftaktveranstaltungen seien in allen Mitteilungsblättern der Gemeinden bekannt gemacht worden. Für viele Ehrenamtliche in den Gemeinden sei es der erste Kontakt mit dem Jugendamt gewesen. Dabei habe ein Bewusstsein für Problemlagen geweckt werden können. Sie sei als Mitglied des Jugendhilfeausschusses und Unterausschusses stolz darauf, wie die sozialräumliche Arbeit in den Städten und Gemeinden lebe.

Kreisrat Sczuka begrüßt das Konzept, dem Jugendamt „ein Gesicht“ zu geben. Die Schwelle, Kontakt zur Jugendhilfe aufzunehmen, sinke, wenn man sich kenne. Dies sei der größte Vorteil des Umbaukonzepts. So entstehe die Chance, passende Angebote für einen jeweiligen Bedarf zu entwickeln. Er spricht den Mitarbeitern des Kreisjugendamts ein großes Lob aus, die gerne bereit seien, flexibel auf einen Bedarf zu reagieren.

Dekan Gröner berichtet, er spüre vor allem im Kita-Bereich, dass das Bewusstsein, ein Netzwerk im Hintergrund zu wissen, der Bürgerschaft ein Gefühl der Sicherheit gebe.

Kreisrätin Brodersen begrüßt die sozialräumliche Arbeit und stellt als besonders positiv heraus, dass nicht um Zuständigkeiten gestritten werde, sondern die Hilfe im Vordergrund stehe. Sie freue sich auf die Zusammenarbeit im Kita-Bereich. Dort kenne man sowohl die Kinder als auch die Eltern, so dass ein Bedarf schnell erkannt und geholfen werden könne.

Auch Kreisrat Auer begrüßt das Konzept.

Landrat Fuchs erklärt, die Sozialraumorientierung habe faszinierende Möglichkeiten, schnell und individuell zu helfen. Der Aufwand hierfür sei aber erheblich. Deshalb müsse eine transparente

Qualitätskontrolle und eine laufende Bedarfsprüfung erfolgen. Entsprechend werde ein bestimmtes Angebot auch wieder eingestellt, wenn sich die Problemlage entschärft habe oder kein Bedarf mehr bestehe. Die Flächendeckung werde bis Ende des Jahres 2010 erfolgt sein.

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

§ 3

Informationen zur Elternbildung und Umsetzung des Landesprogramms „STÄRKE“ im Rems-Murr-Kreis

(Drucksachen 46/2007-JHA07.05.07, 126/2008-JHA06.10.08 und 9/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Jugendamtsleiter Wieland erläutert eingehend die Drucksache 9/2010 und führt aus, im Mai 2007 sei der Teilplan „Elternbildung und Stärkung der Erziehungsfähigkeit“ verabschiedet worden. Der Teilplan beinhalte eine Konzeption zur Schaffung von Angeboten, mit denen vor allem die Erziehungskompetenz von jenen Eltern gestärkt werden soll, die besondere Schwierigkeiten im Umgang mit ihren Kindern haben. Die Konzeption sehe vor, dass die 9 Sozialraumteams des sozialen und ambulanten Dienstes des Kreisjugendamtes je nach Bedarfslage im Bereich ihrer Städte und Gemeinden Angebote der Elternbildung in Zusammenarbeit mit örtlichen Bildungs- und Jugendhilfeträgern durchführen oder initiieren.

Seit Verabschiedung des Teilplans seien vom Kreisjugendamt, teilweise in Kooperation mit freien Trägern, zahlreiche Angebote zur Elternbildung und Stärkung der Erziehungsfähigkeit angeboten worden. Seit September 2008 gebe es das Programm STÄRKE vom Land Baden-Württemberg. Über das Programm sei im Jugendhilfeausschuss im Oktober 2008 berichtet und ein Verfahren zur Anerkennung von Trägern der STÄRKE-Kurse beschlossen worden.

Im Wesentlichen bestehe das Programm aus drei Komponenten, die in der Drucksache dargestellt seien. Zur Umsetzung des Programms im Rems-Murr-Kreis sei vom Kreisjugendamt zunächst eine Fachkommission gebildet worden. Diese entscheide über die Kursangebote von freien Trägern und Einzelanbietern. Zur weiteren Implementierung des STÄRKE-Programms wurde im Dezember 2008 eine Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 SGB VIII mit den beteiligten Bildungs- und Jugendhilfeträgern durchgeführt. Des Weiteren wurden bisher drei Arbeitskreise durchgeführt, in denen Verfahren entwickelt und die Angebote ausgewertet werden.

Im Jahr 2009 seien 459 Gutscheine eingelöst und dafür 18.360,-- EUR an Landesmitteln an die Bildungsträger ausbezahlt worden. Mit dem Start von STÄRKE sei eine breite Palette an Angeboten für Eltern bzw. Familien in besonderen Lebenssituationen entwickelt und bereits bestehende Angebote wurden teilweise in das Programm integriert worden.

Das Programmangebot richte sich insgesamt schwerpunktmäßig

- an Familien mit früher Elternschaft
- an Familien, die von Krankheit oder Behinderung betroffen sind
- an Familien mit Migrationshintergrund
- an Familien, die von Trennung/Scheidung betroffen sind
- und an Alleinerziehende

Für die Angebote in besonderen Lebenssituationen, seien 25.170,-- EUR an Landesmitteln aufgewendet worden.

Im Rems-Murr-Kreis würden die im Rahmen von STÄRKE aufgelegten Programme für Eltern in besonderen Lebenssituationen in das Konzept der „Frühen Hilfen“ integriert. Der Zugang zu den betreffenden Angeboten erfolge über Multiplikatoren, die in das Netzwerk Frühe Hilfen eingebunden seien, z.B. Fachkräfte des Sozialen Dienstes oder der Beratungsstellen. Diese könnten so gezielt Familien ansprechen und damit Zugangswege ebnen, da eine Niederschwelligkeit der Angebote ist für die Zielgruppe besonders wichtig sei.

Die Kriterien und Vorgehensweise für den Baustein 3 des STÄRKE-Programms, nämlich die aufsuchende Einzelfallberatung, werde durch die Verwaltungsvorschrift und Rahmenrichtlinien des Ministeriums für Arbeit und Soziales vorgegeben. Mit der Implementierung der aufsuchenden Einzelfallberatung im Rems-Murr-Kreis werde in diesem Jahr begonnen.

Die meisten der Elternbildungsangebote seien gut bis sehr gut besucht. Die Gutscheinkurse im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE sowie Vorträge und Einzelveranstaltungen zu verschiedenen Erziehungsthemen würden allerdings hauptsächlich von Eltern wahrgenommen, die es gewohnt seien, Bildungsangebote zu nutzen. Bildungsferne Schichten nähmen das Angebot kaum wahr. Bei den Angeboten für Familien in besonderer Lebenssituationen sei es besonders schwierig, die Betroffenen zu einer Teilnahme zu motivieren. Hier spielten die Aspekte der persönlichen Ansprache und das persönliche Kennen eine große Rolle. Es sei geplant, diese Angebote noch weiter auszubauen.

Frau Dr. Oranna Keller-Mannschreck, die bei Pro Familia einen Kurs für Schwangere im Rahmen des Stärkeprogramms durchführt, berichtet aus der Praxis. Die Kursteilnehmerinnen kämen ganz überwiegend aus der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung. In der Regel seien sie

von Problemlagen wie ALG II-Bezug, alleinstehend oder ohne verlässliche Partnerschaft, ohne stabile Beziehung zur Herkunftsfamilie (psychische) Erkrankung, schlechte Wohnsituation, eventuell Obdachlosigkeit oder unsicherem Aufenthaltsstatus betroffen. Anders als andere gängige Schwangerschaftsvorbereitungskurse werde dieser Kurs flexibel auf die Bedürfnisse der Teilnehmerinnen abgestimmt und sei geprägt durch eine große Offenheit für alle Formen von Lebens- und Familienkonstrukten. Nach dem alle Teilnehmerinnen aus schwierigen Lebensverhältnissen kämen, werde mit Konfliktsituationen, auch Schwangerschaftskonflikten, offen umgegangen. Im Zusammenhang mit dem Kurs erfahren die Frauen intensive Zuwendung und Achtsamkeit. So stehe eine Sozialpädagogin auch für Gespräche um Geld, Wohnung und Beziehungen zur Verfügung. Probleme bei der Organisation des Kurses lägen in der Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit und Erreichbarkeit der Teilnehmerinnen. Auch die Kursgestaltung sei entsprechend schwierig. Im Laufe des Kurses seien bei den Teilnehmerinnen Fortschritte bei der Gestaltung sozialer Kontakte und des Kontakts zum Kind zu beobachten. Sie würden zunehmend verlässlich, das Leben mit einem Kind gewinne etwas an Kontur und sie entwickelten mehr Realitätsbezug. Dabei trage die Persönlichkeit der Kursleiterinnen maßgeblich zum Erfolg bei, für die ein inhaltlicher und fachlicher Rückhalt im Team wichtig sei.

Landrat Fuchs erklärt, ein reines Administrieren wie vom Land vorgegeben helfe nicht weiter, sondern der Landkreis versuche, mit angemessenen Mitteln diejenigen zu erreichen, die Hilfe bräuchten.

Kreisrätin Bodamer weist darauf hin, dass gerade die Teilnehmerinnen solcher Kurse nach der Geburt ihrer Kinder weitere Unterstützung bräuchten. Im übrigen bitte sie darüber nachzudenken, ob man für die Familienbildungsgutscheine im Wert von 40 EUR eine einheitliche Gestaltung finden könne, da die Gutscheine je nach Kommune zum Teil sehr lieblos formuliert seien.

Kreisrätin Jenner-Wanek schließt sich dem an. Sie begrüßt, dass es auch Programme für türkische Eltern gebe.

Jugendamtsleiter Wieland antwortet auf Fragen aus dem Ausschuss, das Jugendamt habe von Anfang an in den Gutscheinkursen die Schwäche gesehen, dass bildungsferne Familien so nicht erreicht werden könnten. Dies bestätige sich in der Praxis. Etwa 1/6 der Eltern nehme das Angebot an. Er nimmt die Anregung von Kreisrätin Bodamer auf und sagt zu, die Ausgabemodalitäten der Kommunen zu überprüfen, ggf. zu vereinheitlichen.

Wenn Eltern nach den Stärkeangeboten weitere Hilfe benötigten, wären begleitende Maßnahmen durch die Jugendhilfe möglich. Deshalb sei der Baustein II des Programms von besonderer Bedeutung. Hierdurch sei es möglich, Eltern in besonderen Lebenssituationen durch Fachkräfte des sozialen Dienstes oder der Beratungsstellen Zugang zu bestimmten Angeboten zu verschaffen. Der dritte Baustein des Programms, die aufsuchende Einzelfallberatung, werde derzeit entwickelt.

Der Ausschuss nimmt die Informationen zur Elternbildung und Umsetzung des Landesprogramms „STÄRKE“ im Rems-Murr-Kreis zur Kenntnis.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

§ 4

Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes im Rems-Murr-Kreis

(Drucksachen 26/2005-JHA11.04.05, 63/2008-JHA09.06.08, 35/2009-JHA04.05.09 und 10/2010)

Landrat Fuchs verweist auf die Drucksache 10/2010.

Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin erläutert die Drucksache und führt insbesondere aus, die Versorgungsquote im Rems-Murr-Kreis liege für Kinder unter drei Jahren bei 17 %, angestrebt würden 35 %. Für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren im Ganztagesbereich betrage die Versorgungsquote 10,14 %, für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren 13,62 %. Der Rems-Murr-Kreis sei nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz verpflichtet, für einen Übergangszeitraum jährliche Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots zu beschließen und jährlich zum 15. März jeweils den aktuellen Bedarf zu ermitteln und den erreichten Ausbauzustand festzustellen. Mit einer kreisweiten Versorgungsquote von derzeit rund 17 % habe der Rems-Murr-Kreis ca. die Hälfte der geforderten durchschnittlichen 35 % erreicht. Bis 2013, wenn der Rechtsanspruch auf eine Förderung in Tageseinrichtungen oder Tagespflege ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Kraft trete, seien noch erhebliche Anstrengungen nötig, um den gesetzlichen Vorgaben zu entsprechen.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass die Steuereinnahmen durch die wirtschaftliche Situation bei den Gemeinden derzeit einbrechen. Er sei überzeugt, dass sich dies auf den Ausbau der Tagesbetreuungsangebote negativ auswirken werde, weil den Gemeinden die finanziellen Mittel hierzu fehlten.

Kreisrat Sczuka berichtet, der Gemeindetag Baden-Württemberg habe angeregt, den derzeit gültigen Ausbauplan zu verschieben. Dennoch gelte den Städten und Gemeinden ein großes Lob, die große Anstrengungen unternommen hätten Angebote einzurichten. In der Summe sei der Rems-Murr-Kreis nicht schlecht aufgestellt.

Kreisrätin Forster stimmt dem zu. Im Übrigen ist sie der Meinung, in dreieinhalb Jahren könne noch einiges erreicht werden. Auch die demografische Entwicklung spiele hier möglicherweise noch eine Rolle.

Kreisrätin Bodamer bittet darum, im Zusammenhang mit dem Klinikneubau in Winnenden Plätze zur Kleinkindbetreuung zu schaffen.

Landrat Fuchs erwidert, der Geschäftsführer der Rems-Murr-Kliniken stehe mit der Stadt Winnenden in Verbindung, um hier eine Kooperationslösung zu finden.

Nach kurzer weiterer Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die in der Anlage zu Drucksache 10/2010 beigefügte Übersicht wird als fünfte Ausbaustufe zur Umsetzung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes beschlossen.

Auszüge:

2 Kreisjugendamt

2 Rems-Murr-Kliniken

§ 5

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgen keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Gabriele Bellviure